

MAGAZIN

RICHTUNGSWAHL

WOHIN STEUERT NRW?

VERKEHRSWENDE JETZT!

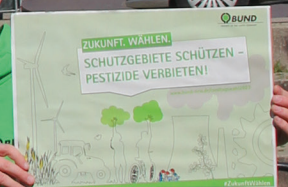
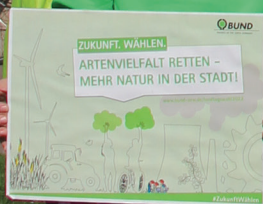
KLIMA UND SOZIALES

WOHNUNGSBAU UND UMWELT

ZUR ZEIT

PUTINS KOHLE

LÜTZERATH BLEIBT



Landtagswahl

WOHIN STEUERT NRW?

Aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes liegen fünf verlorene Jahre hinter uns. Ein Politikwechsel ist also überfällig.

ERNÜCHTERNDE BILANZ

Das BUND-Fazit der abgelaufenen Legislaturperiode fällt durchweg negativ aus: Die CDU/FDP-Regierungskoalition hat durch ihr Handeln die Biodiversitäts- und die Klimakrise weiter verschärft und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen nur als Nischenthema gesehen. „Die brüske Ablehnung unserer Volksinitiative Artenvielfalt zeigte, dass der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu keinem Zeitpunkt auf der Agenda der jetzigen Landesregierung stand“, sagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. „Unter Schwarz-Gelb ist unser Land zum Bremser bei dem Thema Artenvielfalt geworden.“ Beispiele hierfür sind der erneute Einsatz eines von der EU längst verbotenen Insektengifts auf NRW-Äckern mittels Ausnahmerege-

lung und die Umgehung des bundesweit verbotenen Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Schutzgebieten. „Umso mehr kommt einer neuen Landesregierung die Aufgabe zu, mit einer ambitionierten Pestizidreduktionsstrategie Böden, Trinkwasser und die Pflanzen- und Tierwelt zu schonen. Bis zum Jahr 2030 sollten 25 Prozent der Äcker, Wiesen und Weiden ökologisch bewirtschaftet werden“, so Sticht. „Wir brauchen zudem ein Pestizidverbot in Schutzgebieten und in 1.000 Meter-Pufferzonen um diese herum.“

FLÄCHENFRASS STOPPEN

Auch beim Thema Flächenverbrauch brauchen wir die Wende. Bis zur Corona-Pandemie verbrauchte NRW etwa 8 Hektar pro Tag für Siedlungen und Verkehr. Dies ist nicht nur ein Naturschutzproblem, sondern auch ein existenzielles für die landwirtschaftlichen Betriebe. Durch die Streichung des Grundsatzes im Landesentwicklungsplan, den Flächenverbrauch perspektivisch auf netto Null zu bringen, ist in den Kommunen ein wahrer „Goldrausch“ künstlich induziert worden: tausende von Hektar wurden und werden neu angemeldet für weiteren Flächenfraß. „Wir

fordern deshalb einen neuen Landesentwicklungsplan. Es muss das verbindliche Ziel verankert werden, den Flächenverbrauch bis 2025 auf maximal 5 Hektar pro Tag und bis spätestens 2035 auf netto Null zu reduzieren. Wir brauchen endlich einen nachhaltigen Umgang mit unserer nun einmal begrenzten Ressource Fläche“, so der BUND-Chef Sticht.

Schwere Versäumnisse sieht der BUND auch in der Waldpolitik. Denn das Absterben von mehr als 110.000 Hektar Nadelbaumplantagen ist auch auf forstwirtschaftliche Fehler zurückzuführen. Die von Ex-Umweltministerin Heinen-Esser geförderte Räumung dieser Plantagen mit schwerem Gerät, um neue Plantagen anlegen zu lassen, sei eine fatale Fehlentscheidung gewesen. „Dieses ‚Weiter so‘ führt nicht nur unweigerlich in die nächste Forstwirtschaftskrise, es ist ein Schlag gegen den Schutz des Waldes, seiner Biodiversität und seiner Aufgaben für den Klimaschutz. Die Hochwasserkatastrophe im Juli 2021, bei welcher durch schweres Gerät verdichtete Forstböden kaum mehr Wasser aufnehmen konnten, zeigte auf tragische Weise, wie fatal sich der nicht nachhaltige Umgang mit unseren





Rot-Grün? Schwarz-Gelb? Ampel oder Schwarz-Grün? Der BUND plädiert für einen Politikwechsel.

Wäldern auswirken kann," analysiert der BUND-Landesevorsitzende. „Wir fordern die Waldwende für NRW, die ganz auf die natürliche Waldentwicklung setzt. Daran müsse die Förderung nach der Maßgabe „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ gekoppelt werden.

NEUSTART BEIM KLIMASCHUTZ

Fünf verlorene Jahre sieht der BUND auch bei der Bekämpfung der globalen Klimakrise. „Der verbrecherische Angriffskrieg Putins auf die Ukraine hat uns in schockierender Deutlichkeit vor Augen geführt, wie abhängig Deutschland noch immer vom Import fossiler Energien ist“, sagte Dirk Jansen, NRW-Geschäftsleiter des BUND. „Die schwarz-gelbe Landesregierung setzt mit ihrer Energieversorgungsstrategie auch überwiegend auf solche Importe oder den heimischen Klimakiller Braunkohle. Das muss sich grundlegend ändern. Wir erwarten von einer neuen Landesregierung, dass die fünfjährige Blockade beim Ausbau der Nutzung erneuerbarer Energien beendet wird.“ Dabei müssen selbstverständlich alle artenschutzrechtlichen Belange voll berücksichtigt werden. Die Klima-

nicht gegen die Biodiversitätskrise ausgespielt werden.

Damit bis spätestens 2035 die Stromerzeugung zu 100 Prozent auf erneuerbaren Energien basiert, schlägt der BUND die landes- und regionalplanerische Sicherung von 2 Prozent der Landesfläche als Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung für die Windenergienutzung vor. Durch eine solche räumliche Steuerung können bereits im Vorfeld Konflikte ausgeräumt werden. Die sachlich unbegründete 1.000 Meter-Abstandsregelung zu Siedlungsbereichen muss ersatzlos gestrichen, Wirtschaftsförderung für die Errichtung von Windenergieanlagen geöffnet werden. Einen neuen Schub muss auch die Nutzung der Photovoltaik erhalten. Der BUND spricht sich deshalb für eine in der Landesbauordnung verankerte solare Baupflicht für alle gewerblichen und privaten Gebäude aus.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss nach Ansicht des BUND einhergehen mit mehr Anstrengungen beim Energiesparen und einem beschleunigten Kohleausstieg. „Die neue Landesregierung muss umgehend eine neue Braunkohlen-Leitentscheidung verabschieden,

die den Erhalt aller Tagebau-Dörfer - auch von Lützerath - durch eine verbindliche Zurücknahme der Tagebaugrenzen garantiert. Nur damit kann NRW seinen Beitrag zur Einhaltung der 1,5 Grad-Klimagrenze leisten“, so Jansen. An dieser "roten Linie" müssten sich alle potenziellen Koalitionäre messen lassen.



„Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen stand zu keinem Zeitpunkt auf der Agenda der Landesregierung. Unter Schwarz-Gelb ist gerade unser Land zum Bremsler bei dem Thema Artenvielfalt geworden.“

HOLGER STICHT
Landesevorsitzender

STRASSENBAUSTOPP

UMSTEUERN FÜR MENSCH UND KLIMA

Fünf Jahre lang wurde die Verkehrswende in NRW ausgebremst. Kommt jetzt der Wechsel?



5.000 Menschen demonstrieren am 8. Mai in Düsseldorf für die Verkehrswende.

Viele tausend Menschen sind zuletzt in Düsseldorf für die Verkehrswende auf die Straße gegangen. Der BUND und seine Verbündeten hatten für den 8. Mai zu der Großdemo aufgerufen. Von der neuen Regierung hängt es nun ab, ob die Abkehr von der autozentrierten Politik endlich gelingt.

SORGENKIND VERKEHRSSSEKTOR

Keine der bisherigen Landesregierungen hat es geschafft, die CO₂-Emissionen aus dem Verkehrssektor in NRW nennenswert zu senken. Dazu gefährden Lärm und Abgase immer noch unsere Gesundheit. Auch stehen viele Verkehrsteilnehmer*innen nach wie vor jeden Tag im Stau - trotz des Flächen fressenden Straßenneubaus. Das hat maßgeblich auch der Ex-Landesverkehrsminister Hendrik Wüst zu verantworten.

Deshalb brauchen wir dringend einen Paradigmen-Wechsel: Der PKW-Verkehr darf nicht länger priorisiert werden, die Mittel für den Ausbau des ÖPNV-Angebots müssen massiv aufgestockt werden. Generell brauchen wir eine Umverteilung des Verkehrsraums zugunsten des Umweltverbands. Der Landesstraßenbedarfsplan gehört grundlegend überarbeitet, alle darin enthaltenen 168 Projekte müssen sich an den Klimaschutz- und Umweltzielen messen lassen. Das bedeutet: Stopp des Straßenneubaus.

Das muss auch für Bundesfernstraßen gelten. Allein in NRW sollen bis 2030 mehr als 10 Milliarden Euro in den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen gehen. Projekte wie der Weiterbau von A 1, A 46 oder A 445, der Ausbau der A 3, die neue Rheinquerung A 553 oder die B 474n sind ebenso überflüssig wie schädlich. Auch dafür braucht es den sofortigen Stopp.

ZUKUNFTSFÄHIGE KONZEPTE

Das eingesparte Geld muss stattdessen in den Erhalt der Substanz sowie in umweltfreundliche Alternativen und zukunftsfähige regionale Mobilitätskonzepte gesteckt werden. Daran arbeitet der BUND gerne mit, zum Beispiel in Südwestfalen. Der BUND wird sich auch weiter gegen alle Versuche von Hendrik Wüst und anderen

stemmen, das geltende Planungsrecht auszuhebeln. Auch bei Brückenersatzbauten, die mit einer Kapazitätserweiterung verbunden sind, wie bei der Rahmedetalbrücke der A 45, garantieren nur Planfeststellungsverfahren inklusive der gesetzlich vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung rechtssichere Verfahren und schnelle Realisierungszeiten.



VERKEHRSWENDE-DEMO AM 8. MAI

Aufgrund des frühzeitigen Redaktionsschlusses konnten hier keine Bilder der Großdemo mehr gebracht werden. Alle Infos, Videos und Fotostrecken finden Sie unter www.bund-nrw.de/verkehrswendejetzt.nrw

#ZUKUNFTWÄHLEN



Die BUND-Bilanz der abgelaufenen Legislaturperiode und die Kernforderungen an die neue Landesregierung für die nächsten fünf Jahre haben wir in zwei Papieren zusammengefasst.

Diese finden Sie zum Download unter www.bund-nrw.de/lw22



Holger Sticht (l.) und Daniel Kreutz (SoVD) in der Landespressekonferenz.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE WENDE

KLIMASCHUTZ IST EINE GERECHTIGKEITSFRAGE

SoVD und BUND richten sich gemeinsam an die Landesregierung: Klimaschutz geht nur sozial und soziale Gerechtigkeit nur mit Klimaschutz.

Der Sozialverband SoVD und der BUND gehen in Nordrhein-Westfalen gemeinsame Wege und fordern die Landesregierung in einem von beiden Verbänden getragenen Papier dazu auf, wirksamen Klimaschutz nicht zu einem „Elitenprojekt“ verkommen zu lassen, das wirtschaftlich schwache Menschen ausgrenzt und den sozialen Frieden in NRW und ganz Deutschland massiv gefährdet.

SOZIAL-ÖKOLOGISCHE WENDE

In einer Landespressekonferenz haben SoVD und BUND die Landesregierung dazu aufgefordert, sich für eine sozial-ökologische Wende einzusetzen, die so gestaltet wird, dass die Menschen mitgenommen statt gegeneinander ausgespielt wer-

den. Auch die wirtschaftlich Schwachen müssten Zugang zu gut gedämmten Wohnungen, klimaschonender Mobilität oder nachhaltigem Essen erhalten, heißt es in dem gemeinsamen Forderungspapier. Beide Verbände sehen die Landesregierung insbesondere beim Ausbau des ÖPNV und dem Thema Wohnen in der Pflicht.

„CDU und FDP haben einseitig den motorisierten Individualverkehr gefördert. Statt Straßen neu- oder auszubauen muss die Landesregierung das Pendeln und Reisen mit Bus, Bahn und dem Fahrrad attraktiver machen“, sagte der BUND-Landesvorsitzende Holger Sticht. Es brauche neben dem Einrichten von Radwegen auf vorhandenen Straßen „endlich ein gut vernetztes, barrierefreies und bezahlbares ÖPNV-An-

gebot in ganz NRW“. Gemeinsam mit dem SoVD NRW fordert der BUND daher die flächendeckende Einführung von günstigen „365-Euro-Tickets“ und „Sozialtickets, die diesen Namen wirklich verdienen“. Bund und Land seien gefordert, hier entsprechende Finanzierungsprogramme auf den Weg zu bringen.

GERECHTERE STEUERPOLITIK

Der Kampf gegen die Erderwärmung müsse so geführt werden, dass er keine existenziellen Sorgen und Ängste in der Bevölkerung auslöse, betonte Daniel Kreutz, Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschuss im SoVD-Landesverband. Aufgrund der Kosten sei Klimapolitik eine soziale Frage und damit nun auch Thema für den Sozialverband SoVD. Diese soziale Frage zeige sich gerade in NRW auch beim Thema Wohnen: „Es gibt in unserem Bundesland schon seit langem einen eklatanten Mangel an barrierefreien, gut gedämmten und zugleich bezahlbaren Wohnungen. Aus diesem Grunde brauchen wir schnellstmöglich ein ambitioniertes sozial-ökologisches Gebäudemodernisierungsprogramm und wirksame Instrumente, um die Mietpreisentwicklung trotz des Modernisierungsbedarfs bei den Bestandsbauten zu bremsen“. Auch müsse die NRW-Landespolitik darauf drängen, dass die Bundesregierung ihr Versprechen einlöst und die Wohnungsgemeinnützigkeit im Baurecht endlich wiedereinführt. Im Landesentwicklungsplan solle das Ziel verankert werden, den Flächenverbrauch auf Netto-Null runterzusteuern. Beide Verbände sind sich einig, dass die notwendigen Investitionen in einen sozialverträglichen Klimaschutz nur über eine gerechtere Steuerpolitik erbracht werden können, etwa durch höhere Steuern auf große Erbschaften, Vermögen und Kapitalerträge.



MEHR INFOS

Das Forderungspapier von SoVD und BUND "Klimaschutz geht nur sozial, und soziale Gerechtigkeit geht nur mit Klimaschutz!" finden Sie unter www.bund-nrw.de/landtagswahl2022

ÖKOLOGISCH UND SOZIAL STATT BRACHIAL

WOHNUNGSBAUWENDE

Neu ausgewiesene Baugebiete sind eine wichtige Ursache für den Flächenfraß. Dabei gibt es umwelt-schonende Alternativen.

In NRW sind im vergangenen Jahr fast 50.000 neue Wohnungen entstanden – viele davon im bisher unbebauten Freiraum. Das geht zu Lasten von Natur und Landschaft. Die Folgen sind immens. Trotzdem ist eine sozial-ökologische Wohnungsbauwende noch nicht in Sicht.

BODENZERSTÖRUNG DURCH NEUBAU

Die Nutzung vor allem landwirtschaftlicher Böden als Bauland und Infrastruktur führt zu deren Versiegelung, der Zerschneidung größerer Gebiete und der Zerstörung des Lebensraums wildlebender Tier- und Pflanzenarten. Zunehmende Hitzesommer und Hochwasserfluten erfordern aber ausreichende Freiraumflächen mit Kaltluftentstehungsgebieten und Frischluftschneisen. Bereits 2002 hatte die Bundesregierung einen täglichen Verbrauch von maximal 30 Hektar bis 2020 vorgegeben. Ein Ziel, das mit derzeit 54 ha ebenso wie der Stopp des Verlustes biologischer Vielfalt krachend verfehlt wurde. Nun soll das 30 ha-Ziel bis 2030 erreicht werden. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen und der BUND fordern hingegen: Netto-Null-Hektar.



Neubaugebiete fressen sich überall in den knappen Freiraum.

Die CDU/FDP-Landesregierung nahm mit der Streichung des bisherigen landesplanerischen Grundsatzes einer Flächeninanspruchnahme von maximal 5 Hektar/Tag und ihrer überholten Methodik bei der Bedarfsberechnung im Landesentwicklungsplan weiteren Flächenverbrauch in Kauf. Statt Vorgaben zur Nutzung von Innenraumpotenzialen und Konversionsflächen zu machen, wird auch in den neuen Regionalplänen der Bau weiterer Einfamilienhausgebiete für mehrere Jahrzehnte fortgeschrieben. Einfamilienhäuser benötigen aber doppelt so viel Grundfläche je Wohneinheit wie Wohnungen in Geschossgebäuden.

GROSSES AUFSTOCKUNGSPOTENZIAL

Der Wohnungsneubau verbraucht viel Sand und Kies. Ihr Abbau belastet die Natur und die Zementherstellung ist äußerst klimaschädlich. Daher sollten vorrangig vorhandene Gebäude saniert, umgebaut und der bisherige Anstieg der Wohnfläche pro Nutzer von 20 auf über 47 Quadratmeter umgekehrt werden. Weiterer Vorteil: Die erheblichen Bauabfälle würden verringert.

Die Studien der TU Darmstadt und des Pestel Instituts Hannover ermittelten ein bundesweites Potenzial von 2,3 bis 2,7 Millionen Wohnungen durch Aufstockungen in Mehrfamilienhäusern, Nichtwohngebäuden und Umnutzungen leerer Büro- und Verwaltungsgebäude.

VORRANG FÜR DAS GEMEINWOHL

Bezahlbare Wohnungen setzen eine kommunale Bodenbevorratungspolitik, die Vergabe von Baugrundstücken im Erbbaurecht für öffentlich geförderten Wohnungsbau sowie eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung mit einem wirksamen kommunalen Vorkaufsrecht voraus. Zudem ist der Bodenmarkt zu regulieren und Baukosten durch serielles Bauen einzudämmen.

Die Instrumente für eine ökologische Wohnungsbauwende sind also vorhanden. Jetzt muss die Politik handeln.



HELMUT RÖSCHEISEN

ist Experte für Wohnungsbau-politik beim BUND Köln



Ein sofortiges Energie-Embargo forderte Thomas Krämerkämper.

"KEINE KOHLE FÜR PUTINS KRIEG"

Gemeinsam mit deutschen und russischen Klimaschützer*innen hat der BUND mit einer Demonstration vor dem Uni-Per-Steinkohlenkraftwerk Datteln 4 gegen den Import russischer Kohle für deutsche Kraftwerke protestiert.

Im letzten Jahr importierte Deutschland allein etwa 20 Millionen Tonnen russischer Kohle. Der Datteln 4-Betreiber Uniper gehörte

dabei zu den größten Abnehmern. Der Vize-Landesvorsitzende des BUND, Thomas Krämerkämper, forderte auf der Demo ein sofortiges Energie-Embargo. Der Import von Kohle, Öl und Gas aus Russland müsste sofort gestoppt werden. "Die Substitution eines fossilen Energieträgers durch einen anderen ist der falsche Weg. Stattdessen brauchen wir ein Notfallprogramm zum Ausbau erneuerbarer Energien", sagte Krämerkämper.

Dass Uniper nach der Demo-Ankündigung am 2. April verkündete, die Nutzung russischer Kohle entgegen vorheriger Bekundungen beendet zu haben, ist nach BUND-Auffassung wenig glaubwürdig. Zudem ist die Lieferung aus möglichen "Ersatz"-Ländern wie Kolumbien oder Südafrika aus Sicht der Menschenrechte und der Umwelt nicht weniger problematisch. Eine Stilllegung des Kraftwerks ist daher alternativlos.

Auf der Demonstration in Datteln sprach auch der Träger des Alternativen Nobelpreises 2021, Vladimir Slivyak, Ko-Vorsitzender der russischen Umweltorganisation Ecodefense. Ecodefense fordert seit langem aus Klimaschutzgründen einen Importstopp für fossile Energien aus Russland und ist im sibirischen Kohlerevier Kuzbass zusammen mit örtlichen Initiativen aktiv. Die renommierte, unabhängige Umwelt-NGO wird aufgrund der intensiven Arbeit zu Kohle- und Atompolitik von der russischen Regierung als "ausländischer Agent" gebrandmarkt.

► www.bund-nrw.de/datteln

UNSER URTEIL: KLIMAGERECHTIGKEIT – #LÜTZERATHBLEIBT!

Etwa 3.000 Menschen haben am 23. April am Braunkohlentagebau Garzweiler für den Stopp der Braunkohlenförderung und den Erhalt der Erkelenzer Ortschaft Lützerath demonstriert. Als letztes Bollwerk gegen die Ausweitung des Tagebaus liegt das kleine Dorf am Rande der Grube. Der Landwirt Eckardt Heukamp aus Lützerath hat sich lange gegen seine Umsiedlung gewehrt. Doch am 28. März urteilte das Oberverwaltungsgericht Münster, dass seine Enteignung durch RWE rechtmäßig sei. Der BUND erneuerte deshalb anlässlich der Demo seine Kritik am anachronistischen Bundesberggesetz. Dieses müsse dringend novelliert werden. Der Ball liege jetzt wieder bei der Politik. Von der neuen Landesregierung erwartet der BUND eine Zurücknahme der Abbaugrenzen auf eine mit dem 1,5 Grad-Klimaziel kompatibles Tagebaugröße. Dies bedeutet, dass Lützerath bleiben muss.



NACHRUF

Wir trauern um unser BUND NRW e.V. Gründungsmitglied Gerhard Bremicker, der am 17. Februar 2022 im Alter von 89 Jahren verstorben ist.

Gerhard Bremicker war Initiator, treibende Kraft und Gestalter vieler erfolgreicher Maßnahmen des Naturschutzes, große Projekte tragen seine Handschrift, besonders am Herzen gelegen hat ihm immer die Bewahrung der Schöpfung.

Unzählige Lebensstätten seltener und vom Aussterben bedrohter Arten konnten nur Dank seines unermüdlichen Engagements und seiner großzügigen Unterstützung gerettet oder wieder neu angelegt werden.

Eng verbunden mit der Nordrhein-Westfalen-Stiftung konnten auch große Schutzgebiete wie z.B. die „Ruhraue-Syburg“ durch seine Beharrlichkeit und den immerwährenden Einsatz für die Natur gerettet und entwickelt werden, beim dreijährigen Projekt „Lenneaeu-Berchum“ in Hagen wurden 15 Jugendliche zu Gärtner*innen im Garten- und Landschaftsbau ausgebildet und gleichzeitig die Landschaft um einen verbliebenen Altarm der ansonsten begradigten Lenne renaturiert.

Mit dem Slogan „Naturschutz durch Landwirtschaft“ hat er früh auf die vielfältigen gesellschaftlichen Verknüpfungen einer artenreichen Kulturlandschaft mit der Produktion gesunder Nahrungsmittel, dem Schutz von Tieren und Pflanzen und der Erholung in einer lebenswerten Umwelt für die Menschen hingewiesen und eine praktische Umsetzung mit ermöglicht.

Wir haben mit Gerhard Bremicker einen großartigen Naturschützer und großzügigen Unterstützer verloren, seine Ideen und Anliegen werden wir aber nicht nur im Herzen bewahren, sondern auch weiter aktiv - ganz in seinem Sinne - weiter verfolgen.

Klaus Brunsmeier



BUND KREISGRUPPE HERFORD

BIOBLITZ-LANDESWETTBEWERB

Bei einem Bioblitz versuchen Naturbegeisterte, in einem bestimmten Gebiet und während eines bestimmten Zeitraums so viele Arten von Pflanzen, Pilzen und Tieren nachzuweisen, wie eben möglich. In diesem Fall geht es um die Arten, die während des ganzen Jahres 2022 in einem Landkreis in NRW gefunden werden können.

Durch die Nutzung der App ObsIdentify, die über eine automatische Bestimmungsfunktion verfügt, kann man auch ohne Artenkenntnisse mitmachen. Benötigt wird hierfür lediglich ein Handy mit halbwegs guter Kamera. Die Daten werden von ehrenamtlichen Expert*innen überprüft.

Die BUND Kreisgruppe unterstützt in Zusammenarbeit mit Biostation und Bi-

ologiezentrum in Herford den Bioblitz im Kreis Herford.

Hierbei will der BUND mit etwas Wettbewerbs-Charakter Mitglieder und Interessierte dazu animieren, sich an der Erfassung unserer belebten Natur zu beteiligen. Die dabei erhobenen Funddaten stehen für die Grundlagenforschung und den Naturschutz zur Verfügung. So kann der BUND zum Beispiel bei Stellungnahmen für Planfeststellungsverfahren die Daten nutzen.

In dem landesweiten Wettbewerb geht es darum, in welchem Kreis in NRW die meisten Arten gefunden werden. Mit aktuell 1070 gefundenen Arten führt der Kreis Herford die Liste der landesweiten „Bioblitzte“ an.

Der Wettbewerb ist sicher ein gutes Pro-

jekt auch für andere BUND Gruppen in NRW zur Erfassung von Tier-, Pflanzen und Pilzarten und auch um Menschen für den BUND zu gewinnen.

► <https://herford.bund.net/aktiv-werden/>



IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211-30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211-30 200 522, dirk.jansen@bund.net • **Auflage:** 23.400; **Druck und Versand:** Evers-Druck GmbH, Meldorf • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE26 3702 0500 0008 2047 00 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.06.2022. © BUND NRW e.V., Mai 2022